



Politik investiert in Eutins Zukunft

www.shz.de

Eutin : Politik investiert in Eutins
Zukunft



**Schulneubauten, Feuerwehr, Sozialstaffel –
Stadtvertretung macht den Weg frei für Großprojekte.**



von [Constanze Emde](#)

05. Dezember 2019, 14:18 Uhr

Eutin | Festspiel-Tribüne, Schulneubauten, Feuerwehrgerätehaus und Sozialstaffel in der offenen Ganztagschule – die Stadtvertretung brachte mit Zustimmung zum Haushalt allerhand Projekte für die Zukunft Eutins auf den Weg. „Dieser Haushalt läutet eine neue Zeitrechnung ein und wir haben eine hohe Verantwortung in den nächsten Jahren, wenn die fünf bis sechs großen Projekte, die wir jetzt starten, alle parallel laufen“, sagte Hauptausschussvorsitzender Matthias Rachfahl (CDU). Vermehrte treffen mit Verwaltung und Kämmerei seien ein Muss, um den Überblick zu behalten. Der Blick in die Veränderungs- und Investitionslisten zeige, was alles vor Eutin liege.

Als „Ruhe vor dem Sturm“ bezeichnete Hans-Georg Westphal (SPD) den Haushalt: „Nun werden unsere Vorbereitungen der letzten Jahre kassenwirksam.“

Der Haushalt sehe nicht rosig aus, „aber wir verschwenden nichts, wir investieren in unsere Kinder und dafür, dass Eutin attraktiver wird“, betonte Monika Obieray (Grüne). Ihr fehlten hingegen noch Investitionen in ein klimafreundlicheres Eutin.“

Politik unterstützt Festspiele-Tribüne

Die Stadtvertretung stimmt mehrheitlich dafür, die Festspiele mit dem städtischen Eigenanteil von insgesamt 610.000 Euro verteilt bis 2023 beim Tribünen-Neubau (auf 6,1 Millionen Euro geschätzt) finanziell zu unterstützen. Für 2020 stehen 160.000 Euro bereit, danach jährlich 150.000 Euro. CDU und Grüne machten deutlich, dass

aus ihrer Sicht der städtische Eigenanteil auch nicht steigen dürfe, wengleich die Festspiele große Bedeutung für Eutin und die Region haben. Bürgermeister Carsten Behnk zeigte sich zuversichtlich, weitere Förderungen gemeinsam mit den Festspielen unter anderem bei Bund und Land einzuwerben, „um den städtischen Anteil dann vielleicht sogar noch zu senken“.

Sozialstaffel für die offene Ganztagschule kommt nach Sommerferien

Eine überraschende Mehrheit fand sich nach der letzten Diskussion im Schulausschuss über Kosten und Raumprobleme für die Einführung der Sozialstaffel an der offenen Ganztagschule (OGS). CDU und Freie Wähler stimmten dagegen, die Mehrheit (Grüne, SPD und FWE) stellten die 237.500 Euro im Haushalt 2020 ein. Nach den Sommerferien können Kinder, die unter die Sozialstaffel „fallen“, bis 17 Uhr nach dem Unterricht in die OGS besuchen, Hausaufgabenbetreuung und Gruppenangebote inklusive. Die entsprechende Satzung (wer hat wie Anspruch) dafür muss nun mit Bordmitteln bis zum nächsten Schulausschuss von der Verwaltung erarbeitet werden, die dazugehörige Stelle hatte die Stadtvertretung nämlich nicht genehmigt. Florian Reimers, kommissarischer Leiter der Gustav-Peters-Grundschule, hatte mit Kollegen anhand einer Tischvorlage aufgezeigt, dass die Schule mit der OGS gemeinsam das erwartete Plus an Kindern im ersten Probejahr mit Unterstützung der Verwaltung und Bordmitteln handeln kann. „Er hat sich unglaublich bemüht mit der OGS, dafür möchten wir ihm danken. Er weiß, worauf es ankommt“, lobte Obieray.

Politik streicht Mittel für Radweg und Waldeck

Die Kosten für den Radweg nach Kirchnüchel (rund 443.810,22 Euro) wurden auf CDU-Antrag mehrheitlich aus der Investitionsliste gestrichen (siehe Seite 1). Auch die anfangs von der Verwaltung eingestellten 2,85 Millionen Euro für die Sanierung des Waldecks finden sich im Haushalt nicht wieder. „Ich bedauere, dass auch die 200.000 Euro für die Umkleiden am Waldeck aus dem Haushaltsplan gestrichen wurden. Das sind erbärmliche Bedingungen für die Sportler in den Umkleiden“, sagte Monika Obieray (Grüne). Nun müsse auf das Sanierungskonzept und erste Maßnahmen daraus gewartet werden.

Die Einsparideen der Freien Wähler wurden abgelehnt: Sie waren für den Verzicht auf die Einstellung der Planungs- und Workshopkosten für den neuen Skaterpark (zusammen 23.000 Euro). Außerdem wollten sie den vom Voß-Gymnasium lange erwarteten Chemieraum von den veranschlagten 265.000 Euro auf 215.000 Euro deckeln. Auch die eingepplanten Erschließungskosten für den Parkplatz am ehemaligen Güterbahnhof (310.000 Euro) hielten sie für nicht leistbar in Anbetracht der Haushaltslage, machte Sigrid Jürß deutlich. Die Mittel für die Sanierung des Deefstiegs sollten auf FW-Antrag ebenfalls gestrichen werden. Doch Rachfahl erinnerte da an den

Konsens aus dem Hauptausschuss, dass nichts ausgebaut würde ohne die Anwohner zu beteiligen und auch, dass noch Aussagen der Städtischen Betriebe zur Notwendigkeit des Ausbaus ausstünden – Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Personalvorschläge der Verwaltung gestrichen: keine Fairtrade-Stelle, keinen Leiter Kommunalen Ordnungsdienst

Hitzig wurde die Diskussion zwischen Politik und Bürgermeister, als die Mehrheit die Viertelstelle für Fairtrade ablehnte. Das Argument des Bürgermeisters („Wir wollen Fairtrade, aber wir können nicht alles selber machen.“) ließ Rachfahl nicht gelten: „Zahlreiche Versuche der Ehrenamtler wurden unternommen, um Kontakt zur Verwaltung zu bekommen, darauf wurde gar nicht reagiert. Das ist eine Frage des Umgangs miteinander.“ Eine Viertelstelle würde einen Tag pro Woche für Fairtrade bedeuten, rechnete Rachfahl vor. Nach der Abstimmung wollte Behnk einen Beschluss erwirken, den Antrag auf Rezertifizierung zurückzustellen. Doch dies wurde von Bürgervorsteher Dieter Holst kassiert: „Das ist unmöglich, Bürgermeister. So geht das nicht. Das hätte auf der Tagesordnung stehen müssen.“

Ebenfalls nicht genehmigt wurde die leitende Stelle für den kommunalen Ordnungsdienst, dessen neue Mitarbeiter dem Team der drei Verkehrsüberwacher angeschlossen werden sollen. Auch die Notwendigkeit für eine halbe Stelle zur Erstellung des Wohnkatasters wurde nicht gesehen. Als die Politik sich auch für die beantragte Vollzeitstelle zur Digitalisierung in der Verwaltung aussprach, beantragte der Bürgermeister 50.000 Euro Sachkosten für Externe einzustellen, was genehmigt wurde.

